



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 56
Juli
2009

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

wer gerne in den Sphären der "Political Correctness" verweilt, wird angesichts der direkten, klar gefassten und dennoch umfassenden Argumentation von Jörg Zierke, Präsident des Bundeskriminalamts, in dessen Beitrag zum Internationalen Terrorismus unwillkürlich aufschrecken. So bedrohlich und konkret haben sich das viele sicherlich nicht vorgestellt. Dabei fällt auf: Vernetzte Sicherheit ist keine Worthülse mehr, sondern in den Ressorts angekommen. Kongruente Analysen und Folgerungen gibt es auch im Verteidigungsressort.

Der (polemisch zugespitzte) Beitrag von Laurent Murawiec in der Ausgabe Nr. 54 hat der Redaktion der Denkwürdigkeiten eine Welle von kritischen Leserbriefen beschert. Übereinstimmender Tenor: so weit sollte man nicht gehen. Der Beitrag von Dr. Thomas Bagger in dieser Ausgabe der Denkwürdigkeiten adressiert die Auseinandersetzung zwischen Republikanern und Demokraten deshalb betont sachlich. Diese Debatte verdient Aufmerksamkeit.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Internationaler Terrorismus

Jörg Zierke

6 „Freiheit oder Sozialismus“

Dr. Thomas Bagger

10 Medwedews erstes Amtsjahr – Eine innenpolitische Bilanz

Prof. Dr. Eberhard Schneider

12 Feedback

THEMEN

Internationaler Terrorismus

Eine Herausforderung für Staat,
Wirtschaft und Gesellschaft

Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus stellt die größte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden weltweit dar. Daran wird sich in naher Zukunft auch nichts ändern. Das Bedrohungspotenzial des Terrorismus ist dabei äußerst vielschichtig. Der Terrorismus von heute verfolgt das Ziel, Gesellschaften zu verunsichern, die Wirtschaft und politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Wir müssen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus vor dem Hintergrund einer ganzen Reihe sicherheitsrelevanter Veränderungen sehen, die insbesondere seit dem Ende des Kalten Krieges stattgefunden haben: Globalisierungsrisiken, illegale Migration und Integrationsprobleme, Proliferation, Regionalkonflikte, Organisierte Kriminalität, Störungen Kritischer Infrastrukturen sind nur einige Beispiele. Immer mehr wirken sich globale Entwicklungen auf lokaler Ebene aus und umgekehrt. Innere und äußere Sicherheit gehen immer mehr ineinander über.

Rückblick

Nach den Anschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 kam der islamistische Terrorismus in Europa an, als am 11. März 2004 in Madrid Terroristen zehn Sprengsätze in einer Dimension von 13-15 kg in mehreren Pendlerzügen zündeten. Am 7. Juli 2005 sprengten sich während der Rush hour in London drei Selbstmordattentäter in U-Bahnen und ein weiterer in einem Linienbus in die Luft; der erste Fall des so genannten „Suicide bombing“ mit terroristischem Hintergrund in Europa.

Am 4. September 2007 überwältigte die Polizei nach monatelangen Ermittlungen in Oberschlehdorn in Nordrhein-Westfalen drei junge Männer – zwei zum Islam konvertierte Deutsche und einen Türken. Zu

weiteren Festnahmen kam es am 6. November 2007 in der Türkei sowie am 22. Oktober 2008 im Großraum Frankfurt am Main. Bei den Festgenommenen handelt es sich um mutmaßliche Mitglieder der „Islamischen Jihad Union“ (IJU). Diese gilt als unabhängige terroristische Gruppierung, die jedoch über enge Verbindungen zu al-Qaida verfügt. Die mutmaßlichen Täter waren im Begriff, verheerende Anschläge vorzubereiten, deren Sprengkraft die Attentate in Madrid oder London weit übertroffen hätte: Wären die Anschläge geglückt, hätten wir wohl Hunderte von Toten und Verletzten zu beklagen gehabt.

Welche Lehren ziehen wir aus den jüngst in Deutschland vereitelten Anschlägen? Oberschlehdorn steht für komplexe Kriminalität im Zeitalter digitalisierter Kommunikation, die zu allem entschlossene und hoch konspirativ agierende Täter intensiv nutzen. Der Fall zeigt die Notwendigkeit, dass die Polizei mit dem technischen Fortschritt, den Straftäter für sich nutzen, Schritt hält und ihre kriminalistischen Methoden entsprechend weiter entwickelt. Auch zeigte sich, wie richtig es war und ist, dass wir nach dem 11. September 2001 auch in Deutschland unsere gesamte Sicherheitsarchitektur auf den Prüfstand gestellt haben und dies noch immer tun. Oberschlehdorn zeigt auch, dass es richtig war, dass sich Kriminalpolitik und Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren verstärkt mit Prävention und Möglichkeiten der Früherkennung befasst haben: Operativ, um vor dem Eintritt eines schädigenden Ereignisses konkrete Gefahren aufzuspüren und zu beseitigen; strategisch, um Antworten auf Fragen zu bekommen, wie sich der internationale Terrorismus künftig entwickeln und verändern wird.

Der Sauerland-Fall steht für einen gewaltigen Kraftakt der Polizeien des Bundes und der Länder. Er steht für eine hervorragende Zusammenarbeit der Polizeien untereinander, gleichzeitig aber auch für eine erfolgreiche internationale Kooperation und eine

vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten. Die erfolgreichen Ermittlungen belegen, wie wichtig es ist, dass Deutschland Teil eines immer dichter geknüpften europäischen und weltweiten Sicherheitsnetzwerks ist.

Aktuelle Gefährdungslage

Wie stellt sich die Gefährdungslage bezogen auf den internationalen Terrorismus aktuell dar? Trotz unverkennbarer Erfolge kann es keine Entwarnung geben. Deutschland ist Teil eines weltweiten Gefahrenraumes. Wie groß diese Herausforderung ist wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass der internationale Terrorismus weltweit bereits mehrere tausend Opfer gefordert hat, darunter auch rund 60 deutsche Todesopfer. 2008 gab es in Afghanistan 49 Anschläge auf deutsche ISAF-Kräfte bzw. Einrichtungen. Auch in Deutschland gab es bereits mindestens sieben Fälle durch die Sicherheitsbehörden verhindert oder gescheiterter Anschläge.

Deutsche Gerichte haben seit dem 11. September 2001 im Bereich des islamistischen Terrorismus 14 bedeutende Strafverfahren abgeschlossen. Insgesamt 26 Tatverdächtige wurden seit dem Jahr 2003 verurteilt, u. a. wegen Mordes sowie der Gründung und finanziellen bzw. logistischen Unterstützung terroristischer Vereinigungen wie Ansar al-Islam und al-Qaida.

Zur aktuellen Gefährdungslage in Deutschland:

Wir gehen davon aus, dass Anschläge in Deutschland auf höchster Ebene der al-Qaida und anderer terroristischer Gruppierungen wie der IJU befürwortet werden. Entscheidend sind dabei Deutschlands Engagement innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft gegen den internationalen Terrorismus und die Stationierung deutscher Soldaten in Afghanistan – ein Engagement, das von al-Qaida propagandistisch als „Krieg gegen die Muslime“ gebrandmarkt wird. Ziel der Terroristen ist es, Deutsch-

land zu einem Wechsel seiner Afghanistanpolitik zu nötigen.

Derzeit werden in der Bundesrepublik 291 Ermittlungsverfahren mit Bezügen zum islamistischen Terrorismus geführt; 181 davon durch das BKA. Den Bundes-sicherheitsbehörden liegen Informationen zu rund 140 Personen mit Deutschlandbezug vor, die in den letzten 10 Jahren in einem islamistisch-terroristischen Ausbildungslager waren oder deren Aufenthaltsort dort vermutet wurde. Aktuell befinden sich auch deutsche Staatsangehörige in Regionen wie z. B. dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, in denen sich Ausbildungslager islamistisch-terroristischer Organisationen befinden. Etwa 100 Personen, die wir als „Gefährder“ einstufen, stehen in Deutschland unter Beobachtung. Bemerkenswert ist, dass der weitaus größte Anteil der Gefährder aktuell aus Deutschland stammt oder ein Aufenthaltsrecht auf Dauer hat.

In bislang rund 40 Verlautbarungen haben al-Qaida und andere terroristische Gruppierungen seit 2001 Europa und explizit auch Deutschland mit Anschlägen gedroht. Wie sind diese Drohbotschaften zu bewerten? Zum einen müssen wir damit rechnen, dass sich Gruppen, aber auch fanatisierte Einzeltäter auf derartige Drohbotschaften berufen und sie als Rechtfertigung für Anschläge in Deutschland heranziehen. Sie sind fraglos ein starker Motivationsfaktor für eine Radikalisierung innerhalb der islamistischen Szene. Zum anderen ist die steigende Zahl der Verlautbarungen ein Indiz dafür, dass al-Qaida wieder an Stärke gewonnen hat. Sie deuten darauf hin, dass sich die al-Qaida-Führung in ihrem Rückzugsraum, den afghanisch-pakistanischen Stammesgebieten, derzeit sicher genug fühlt, um das Entdeckungsrisiko, das mit der Herstellung und Verbreitung von Verlautbarungen verbunden ist, auf sich zu nehmen.

In Anbetracht der aktuellen Drohbotschaften der al-Qaida-

Führung sowie mit Blick auf die im letzten Jahr verhinderten Anschläge kann von einer Entspannung der Gefährdungslage keine Rede sein, auch wenn uns konkrete Hinweise auf geplante Anschläge derzeit nicht vorliegen. Es ist davon auszugehen, dass neben Anschlägen gegen deutsche Interessen und Einrichtungen im Ausland auch Anschläge innerhalb Deutschlands jederzeit möglich sind.

Nutzung moderner Medien

Eine herausragende phänomenologische Besonderheit des internationalen Terrorismus ist die intensive Nutzung der technischen Errungenschaften der modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft: Terroristen kommunizieren über Handys und Laptops unter Nutzung von W-LAN-Hotspots; Internet-Cafes werden genutzt, auf Informationen wird durch die gemeinsame Nutzung von Email-Accounts zugegriffen; Daten werden verschlüsselt und auf Internet-Servern im world wide web gespeichert. Über das Internet werden im Sinne „virtueller Trainingscamps“ Bombenbauanleitungen verbreitet und Anschlagpläne geschmiedet, junge Menschen radikalisiert oder als Suizidattentäter angeworben. Das Internet wird von Terroristen als „Fern-Universität“ missbraucht. Feststellbar ist eine Strategie der Öffnung gegenüber dem sympathisierenden Umfeld: Kampfeswillige müssen nicht mehr nach Afghanistan kommen, um sich ausbilden zu lassen – die Ausbildung kommt zu ihnen.

Die weltweite Verbreitung von Propagandamaterial über das Internet spielt eine wesentliche Rolle bei der Radikalisierung junger Muslime. Die jederzeit abrufbaren Publikationen, Schriften und Predigten sollen gezielt Radikalisierungen auslösen oder verstärken.

Modi Operandi

Was lässt sich aus den bisherigen Anschlägen ableiten? Die Zielauswahl konzentriert sich im Wesentlichen auf „westliche“ Einrichtungen mit der Intention,

einen größtmöglichen Personenschaden zu erzielen. Insbesondere wenn den Anschlägen eine lange Planungsphase vorausgeht, kann es sehr kurzfristig zu Änderungen bei der Zielauswahl kommen. Es kommt immer wieder vor, dass sich die Täter aufgrund von hohen Sicherheitsvorkehrungen eines bestimmten Objekts für ein anderes „weiches“ Ziel entscheiden. Die Summe der eingesetzten Finanzmittel variiert erheblich: Die Anschläge in den USA markierten mit ca. 300.000 Euro die Obergrenze, für die gescheiterten Anschläge in Dortmund und Koblenz dürften nicht mehr als 1.000 Euro benötigt worden sein. Zur Tatausführung setzen die Täter überwiegend selbst hergestellte unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen ein. Dabei scheint eine Art Nachahmungseffekt eine Rolle zu spielen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es trotz vieler Parallelen keinen einheitlichen Modus Operandi gibt.

Tätertypologien

Welche aktuellen Entwicklungen stellen wir im Hinblick auf die Tätertypen fest? Nach dem 11. September 2001 hatten wir es oftmals mit Tätern zu tun, die keine direkte Verbindung zu al-Qaida hatten. Sie waren allenfalls von der durch al-Qaida verkörperten Ideologie inspiriert. Diese Entwicklung war insbesondere dem Umstand geschuldet, dass die operative Basis der so genannten „Kern-al-Qaida“ nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Afghanistan im Oktober 2001 und dem Sturz des dortigen Taliban-Regimes weitgehend zerstört und die Organisationsstruktur von al-Qaida deutlich geschwächt wurde. Derzeit beobachten wir, dass al-Qaida wieder erstarkt: So verfügt die Organisation nach wie vor über ein erhebliches Rekrutierungspotenzial. Beleg dafür sind u.a. die zahlreichen Anschläge in den Jahren 2007 und 2008 in Algerien und Mauretanien, zu denen sich die „al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM) bekannt hat. Die AQM ist die einzige gut strukturierte, transnationale

Terrororganisation in Nordafrika mit eigenen Ausbildungseinrichtungen. Ihr Logistiknetzwerk erstreckt sich über den Sahel, Teile Westafrikas bis nach Europa und stellt daher eine Bedrohung für uns Europäer dar.

Wie kam es zum Aufbau solcher Filialen, die die „Marke“ al-Qaida nutzen? Sie sind eine Folge der Dezentralisierung und Regionalisierung von al-Qaida in Gebieten, die seit 2001 für die Mujahidin bedeutend sind: Afghanistan, Irak, Saudi-Arabien und die Maghreb-Region. Diese Entwicklung geht darüber hinaus mit einem Ausbau von al-Qaidas Meinungsführerschaft innerhalb des weltweiten islamistischen Spektrums einher. Parallel zu dieser Entwicklung haben andere Erscheinungsformen des Terrorismus, die sich regional nicht mehr eingrenzen lassen, die Ideologie al-Qaidas übernommen, sozusagen als „Franchise-Unternehmen des internationalen Terrorismus“. So agieren zum Beispiel sog. non aligned Mujahidin, selbsternannte „Gotteskrieger“, unabhängig von al-Qaida, wie bei den Anschlägen in Madrid. Darüber hinaus gibt es autonome Zellen wie die sog. Kofferbomber im Sommer 2006 in Deutschland und Suizidtäter wie in London im Juli 2005. Homegrown-networks sind ein weiteres Phänomen, das erstmals bei den Anschlägen in London offenkundig geworden ist.

Homegrown-Terrorismus / Konvertiten

Seit den Festnahmen in Oberschlehdorn ist der Homegrown-Terrorismus auch in Deutschland Realität. Den potenziellen Attentäter darf man sich heute nicht mehr ausschließlich als Zuwanderer der ersten Generation oder als ausländischen Studenten, wie z. B. Mohammed Atta, vorstellen. Junge Deutsche sind ebenso in der Gefahr, von der islamistischen Ideologie massiv beeinflusst zu werden. Im Extremfall werden sie so zu einer Gefahr für uns alle.

Im März 2008 wurde den Sicherheitsbehörden bekannt, dass der deutsche Konvertit Eric

Breiningers die Absicht geäußert hat, sich am bewaffneten Kampf in Afghanistan zu beteiligen. Breiningers ist uns als Kontaktperson zu den in Oberschlehdorn Festgenommenen bekannt. Gemeinsam mit einer weiteren Person, ebenfalls Beschuldigter in diesem Komplex, wollte er von Pakistan nach Afghanistan reisen. Am 28. April 2008 wurden im Internet zwei Videos gesichert, in denen unter anderem Eric Breiningers auftritt. Breiningers wendet sich dabei explizit an die in Deutschland lebenden Muslime, während die Worte des anderen Jihadisten an die Muslime in der Türkei gerichtet sind. Auf der gleichen Internetseite konnte am 6. Mai 2008 ein "Operationsbericht der Islamischen Jihad Union" gesichert werden. Darin wird von zwei erfolgreichen Angriffen der IJU auf einen Militärkonvoi sowie eine Militärbasis berichtet. Dem "Operationsbericht" sind Bilder beigefügt, auf denen u.a. auch Eric Breiningers zu sehen ist. Später war Breiningers mit einer Botschaft am 23. Mai 2008 im Internet präsent. Bereits im Zuge seiner Ausreise aus Deutschland hatte er die Absicht geäußert, sich am bewaffneten Jihad zu beteiligen. Dabei muss auch die Durchführung eines Selbstmordanschlages in Erwägung gezogen werden.

Den deutschen Sicherheitsbehörden liegt seit Ende September 2008 der Hinweis vor, dass sich Breiningers mit seinem Freund Al Malla auf dem Weg nach Deutschland befinden soll; seit dem 25. September 2008 wird öffentlich nach den beiden gefahndet. In einer Videobotschaft, die am 21. Oktober 2008 im Internet festgestellt wurde, erklärt Breiningers zwar, dass er in Afghanistan sei und dass er persönlich keine Anschläge „gegen Deutschland“ verüben werde. Aus Sicht des BKA lässt das Video jedoch nicht mit endgültiger Sicherheit den Schluss zu, dass Breiningers sich tatsächlich in Afghanistan aufhält. Die Öffentlichkeitsfahndung nach Breiningers und Al Malla besteht weiterhin.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die deutschen Sicherheitsbehörden Konvertiten keinesfalls unter Generalverdacht stellen wollen. Es handelt sich um Einzelfälle. Warum werben Terrororganisationen wie al-Qaida oder die IJU ganz gezielt Konvertiten für ihre Zwecke an? Zum einen können sich Konvertiten aufgrund ihres westeuropäischen Aussehens und ihrer deutschen Staatsangehörigkeit unauffälliger bewegen, zum anderen kennen sie die deutsche Infrastruktur.

Wie vollzieht sich der Prozess der Rekrutierung? Es gibt es keinen typischen Ablauf, jedoch haben wir Auffälligkeiten festgestellt, die den Rekrutierungsverlauf begünstigen. Am Anfang des Radikalisierungsprozesses steht die Phase des „ideologischen Experimentierens“. Typischerweise geht es hier um das Experimentieren mit Ideen und Symbolen sowie um äußerliche Veränderungen. Eine entscheidende Rolle bei Radikalisierungen spielen Vorbilder wie beispielsweise Hassprediger. Außerdem stellen wir fest, dass Sprach- und Koranstudien im Ausland oftmals Teil eines Radikalisierungsprozesses sind. Die Auslandsaufenthalte haben zum einen das Ziel, die ideologisch-religiöse Einstellung zu festigen und die militärischen Fähigkeiten – beispielsweise den Bau von Bomben – zu schulen. Zum anderen werden Terroristen in Ausbildungslagern im Umgang mit Computern sowie in konspirativer Kommunikation und Datenspeicherung geschult. Der Aufenthalt in einem Ausbildungslager ist meistens die Endstufe des Radikalisierungsprozesses, die Entwicklung vom Islamisten zum gewaltbereiten Jihadisten. Mit großer Sorge beobachten wir deshalb Rückkehrer, die in einem terroristischen Ausbildungslager waren.

Insgesamt lässt sich auch bezogen auf die Tätersubtypologie sagen, dass sie von großer Heterogenität geprägt ist. Feste Raster gibt es nicht. Bezogen auf die aktuelle Lage in Deutschland gehen wir von der Existenz einer

Netzwerkstruktur zur Förderung und Unterstützung des weltweiten gewalttätigen Jihad aus. Offensichtlich ist die Existenz mehrerer Zellen mit relevanten Beziehungen, die von Kennverhältnissen bis hin zu gegenseitigen Unterstützungshandlungen reichen. Die Vielzahl der Ermittlungsverfahren untermauert diese Feststellung.

Bekämpfungsstrategie

Für eine erfolgreiche Terrorismusbekämpfung genügt es nicht, auf Geschehenes zu reagieren. Wir müssen alles technisch Mögliche und zugleich rechtlich Zulässige tun, um „vor die Lage“ zu kommen: Vorrangiges Ziel bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist die Verhinderung von Anschlägen. Eine rein reaktive Vorgehensweise wäre schon aufgrund des Schutzauftrages des Staates für seine Bürger nicht zu verantworten: Das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur Wohnraumüberwachung am 3. März 2004¹ wie in einer Reihe anderer Entscheidungen² betont, es bestehe „ein unabweisbares Bedürfnis für eine wirksame Strafverfolgung und Verbrechensbekämpfung“. Dass diese Aufgabe keine deutsche Behörde im Alleingang bewältigen kann, liegt auf der Hand. Wir verfolgen daher einen ganzheitlichen Ansatz bei der Terrorismusbekämpfung. Durch die Ereignisse der vergangenen Monate fühlen wir uns darin bestätigt, diesen weiter konsequent umzusetzen.

Was bedeutet „ganzheitlicher Ansatz“ in diesem Kontext? Damit ist keinesfalls die Gründung einer neuen „Superbehörde“ gemeint. Im Gegenteil: Es kommt darauf an, die bestehenden Behörden von Bund und Ländern im Rahmen der jeweiligen eigenen Kompetenzen zu vernetzen. So werden flexible Strukturen auf der Grundlage bestehenden Rechts geschaffen. Entscheidend ist dabei, auch Behörden und sonstige Akteure einzubeziehen, deren eigentliche Aufgabe nicht die Terrorismusbekämpfung ist,

¹ S. 78 Rn. 200

² BVerfGE 77, S. 65 (76); 80, S. 367 (375); 100, S. 313 (389); 107, S. 299 (316)

die so aber dennoch einen wichtigen Baustein in der deutschen Sicherheitsarchitektur bilden.

Auf den Punkt gebracht: Wir müssen den Netzwerken des Terrorismus ein Netzwerk an Informationen entgegensetzen. Hier spielt das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin (GTAZ) eine zentrale Rolle. Im Dezember 2004 als neues Kooperationsforum der Sicherheitsbehörden gegründet, um die Zusammenarbeit der im Phänomenbereich islamistischer Terrorismus zuständigen Ämter sowohl auf der konzeptionell-analytischen Ebene als auch im operativen Bereich zu verbessern, hat es sich in der Zwischenzeit vielfach bewährt. Mit der Einrichtung des GTAZ wurde die behördenübergreifende Zusammenarbeit zwischen dem BKA, dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), dem Bundesnachrichtendienst (BND), den Kriminal- und Verfassungsschutzämtern der Länder, dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), der Bundespolizei, dem Zollkriminalamt (ZKA) sowie der Bundesanwaltschaft (GBA) auf eine neue Grundlage gestellt. Wichtigstes Ziel ist das frühzeitige Erkennen möglicher Bedrohungsszenarien. Trotz eines intensiven Informationsaustauschs zwischen Polizei und Nachrichtendiensten bleibt das Trennungsgebot gewahrt. Nicht zuletzt die Erfahrungen aus dem GTAZ haben uns vor Augen geführt, dass der Austausch von Informationen in Echtzeit für die Verhinderung von Anschlägen und für die Verfolgung islamistischer terroristischer Straftäter unerlässlich ist.

Seit 2007 steht uns hierfür mit der Antiterrordatei (ATD) ein weiterer Baustein im sicherheitsbehördlichen Netzwerk zur Verfügung. Mit ihrer Hilfe können wir den Austausch der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern erheblich beschleunigen. In der ATD werden Daten der Nachrichtendienste (BND, BfV, LfV und MAD) mit denen der Polizeibehörden (BKA, Bundespolizei, LKA und ZKA) abgeglichen. Durch ein differenziert ausgestaltetes Zu-

griffssystem wird dem Trennungsgebot, dem Datenschutz und dem Quellenschutz Rechnung getragen. Derzeit sind die Daten von rund 4.000 Personen gespeichert, zu denen terrorismusrelevante Informationen vorliegen und die einen Wohnsitz in Deutschland haben.

Um unsere Erkenntnislage zu extremistischen und terroristischen Aktivitäten im Internet zu verbessern, haben wir auf Bundesebene unter der Federführung des BfV eine behördenübergreifende Internet-Monitoring und Analysestelle – das Gemeinsame Internet Zentrum (GIZ) – eingerichtet. Im GIZ wird die bislang auf BfV, BKA, BND, MAD und GBA verteilte Sprach-, Wissens- und Technikkompetenz gebündelt. Seit dem 1. Januar 2007 beobachten wir einschlägige Internetseiten in den Sprachen Englisch, Deutsch, Arabisch, Türkisch, Kurdisch, Paschtu und Urdu. Dies versetzt uns in die Lage, frühzeitig extremistische und terroristische Aktivitäten im Internet aufzudecken. Selbstverständlich bleibt auch hier das Trennungsgebot gewahrt. Die Informationen werden in jeweils eigener Zuständigkeit der beteiligten Stellen erhoben.

Außerdem verfolgen wir konsequent eine so genannte Vorverlagerungsstrategie. Sie beruht auf dem Gedanken, Straftaten nicht erst im Inland, sondern bereits in den Herkunfts- und Transitländern zu bekämpfen. Im Mittelpunkt stehen vier Elemente: Die Ausbildungs- und Ausbildungshilfe für ausländische Polizeibehörden, ein nahezu weltweites Netz von Verbindungsbeamten (derzeit sind insgesamt 65 VB des BKA an 52 Standorten in 50 Staaten eingesetzt) und die gezielte Betreuung und Unterstützung polizeilicher Kräfte vor Ort. Die Ausbildungs- und Ausbildungshilfe für die Polizeien der betroffenen Länder wird geleistet, um deren Leistungsfähigkeit bei der Kriminalitätsbekämpfung zu steigern und um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu fördern.

Notwendigkeit adäquater Befugnisse – Präventivbefugnisse des BKA

Bund und Länder müssen auf die terroristische Bedrohungslage gemeinsam reagieren. Unser Ziel ist, die Zusammenarbeit so effektiv wie möglich zu gestalten, d. h. auch Zuständigkeitswechsel zwischen BKA und Länderpolizeien sowie damit verbundene Zeit- und Informationsverluste auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Deshalb hat das Bundeskriminalamt im Januar 2009 mit den Ergänzungen im BKA-Gesetz die Möglichkeit erhalten, in eng begrenzten Fällen des internationalen Terrorismus im Bereich der Gefahrenabwehr selbst tätig zu werden. Gefahrenabwehr und Strafverfolgungsmaßnahmen liegen jetzt in diesen eng begrenzten Fällen – wie bei den Ländern auch – in einer Hand. Das BKA wird damit nicht zu einem „deutschen FBI“, einer „neuen Stasi-Behörde“ oder einer „zentralen Gefahrenabwehrzentrale“. Ebenso bleiben die Länderzuständigkeiten bestehen. 95% aller Gefahrenabwehrfälle im Bereich internationaler Terrorismus werden weiterhin von den Ländern wahrgenommen.

Das föderale Polizeisystem hat sich bewährt. Wir können auf lokale und regionale Bekämpfungsansätze durch die Länder und auf ihre besonderen Kenntnisse der Lage vor Ort nicht verzichten. Nur in wenigen Ausnahmefällen wird das Bundeskriminalamt daher seine neue Aufgabe wahrnehmen. Nach bisheriger Erfahrung schätze ich die Anzahl der Fälle auf maximal vier bis fünf pro Jahr.

Fazit

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus besteht fort. Wir müssen besonnen und überlegt reagieren. Die Netzwerke des Terrors sind trotz aller Anstrengungen und Erfolge der Sicherheitsbehörden weiterhin handlungsfähig – weltweit, in Europa und auch in Deutschland. Zwar haben wir mit den Festnahmen der Kofferbomber und Teilen der Sauerländer Zelle die jeweiligen Gefahrenspitzen gekappt. Wir müssen aber davon

ausgehen, dass es in Deutschland weiterhin intakte terroristische Netzwerkstrukturen gibt.

Meine Damen und Herren, Verantwortung ist nicht teilbar. Alle, die friedlich in Deutschland leben wollen, müssen sich dieser Verantwortung stellen. Wir müssen den ganzheitlichen Ansatz bei der Terrorismusbekämpfung konsequent umsetzen und den Netzwerken des Terrorismus ein Netzwerk an Informationen entgegensetzen.

Verschlüsselung und Anonymisierung in der modernen Kommunikationswelt schaffen verfolgungsfreie Räume mit fatalen Folgen für die Innere Sicherheit, sowohl für die Strafverfolgung als auch für die Gefahrenabwehr. Die Ungleichzeitigkeiten von Technik und Recht müssen beseitigt werden. Die Menschen vertrauen zu Recht darauf, dass der Rechtsstaat alles zu ihrem Schutz Erforderliche unternimmt und Kriminalität bekämpft – unabhängig davon, in welcher Form und an welchem Ort sie verübt wird. Die Polizeien des Bundes und der Länder stehen für die Bewahrung rechtsstaatlicher Freiheiten und für einen offenen und fairen Dialog auf der Basis unserer Lage- und Gefährdungserkenntnisse. Zu einem solch fairen Dialog, der ein kritischer Diskurs sein kann, fordere ich unsere Kritiker auf.

Jörg Ziercke, Berlin

Jörg Ziercke ist Präsident des Bundeskriminalamts.

Der Beitrag ist ein Auszug eines Vortrages vor dem Freundeskreis der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 18. Mai 2009

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

„Freiheit oder Sozialismus“

Zur konservativen Kritik an Präsident Obama in den USA

Eine gefeierte Reise durch Europa aus Anlass des NATO-Gipfels im April, dann Anfang Juni der versprochene „Neubeginn“ mit der islamischen Welt mit einer ambitionierten, weit ausgreifenden Rede in Kairo, getragen von einem unverkennbar neuen Ton – Präsident Obama stößt weltweit auf soviel Zustimmung, ja Begeisterung, dass man die Kritik schon suchen muss. Anders hingegen im eigenen Land: Auch wenn sie selten derart ausfällig und phrasenhaft daherkommt wie bei Laurent Murawiec (siehe pmg-Denkwürdigkeiten Nr. 54: „*Please excuse me for apologizing*“), entwickelt sich doch eine breite, fundamental angelegte Kritik aus dem konservativ-republikanischen Lager an Barack Obama, beileibe nicht nur an seiner Außenpolitik. In der Innen- und Wirtschaftspolitik wird diese unter dem in Deutschland wohlbekannten Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ vorgebracht. In der Außenpolitik hat jetzt auch Mitt Romney, einer der aussichtsreicheren Kandidaten für die republikanische Nominierung 2012, den Murawiec-Topos der „Entschuldigungstour“ aufgegriffen. Obama sei, so das gängige Argument, eben einer dieser typischen Demokraten, die Amerika für alles Übel in der Welt verantwortlich machen (die konservative frühere VN-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick prägte dafür einst das Etikett des „blame America first-crowd“). Seine außenpolitische Neuorientierung sende ein Signal der Schwäche, verprelle die Freunde und ermutige die Gegner Amerikas.

Die Realität der ersten fünf Monate Obama-Administration gibt für beide Angriffslinien nicht viel her: In Obamas Reden – da mag sich Murawiec noch so an seinem selbst aufgerichteten Pappkameraden abarbeiten – ist von „Entschuldigung“ nicht die

Rede, nicht ein einziges Mal. Immerhin gesteht der Präsident verschiedentlich ein, dass sogar Amerika Fehler macht (und gemacht hat). Seine ersten außenpolitischen Auftritte bekräftigen nicht mehr und nicht weniger als den im Wahlkampf erhobenen Anspruch: „to reintroduce America to the world“. Er gibt selbst bis Ende 2009/Anfang 2010, um erste Ergebnisse vorweisen zu können, etwa im Verhältnis zu Russland und in der Auseinandersetzung um Irans Nuklearprogramm. In der Wirtschaftspolitik leidet die republikanische Attacke auf aufgeblähte Defizite und staatliche Intervention an den Finanzmärkten unter einem erheblichen Glaubwürdigkeitsdefizit, da nicht nur viele der Ursachen für die Krise in den Bush-Jahren liegen, sondern auch die ersten „Bailout“-Entscheidungen, etwa für den notleidenden Bankensektor, noch unter Finanzminister Paulson getroffen wurden. Man könnte die schrille konservative Kritik dieser Wochen folglich als irrelevant abtun, wenn sich das Pendel dieser großen Demokratie nicht mit der Zeit unweigerlich auch wieder in die andere Richtung neigen würde, und wenn Obama für seine großen innen- wie außenpolitischen Projekte nicht auch auf die Unterstützung einiger Republikaner angewiesen wäre, insbesondere für die Ratifizierung internationaler Verträge. Grund genug also, die Lage der „Grand Old Party“ nach dem Debakel von 2008 etwas genauer zu betrachten.

Das böse Erwachen aus dem Traum von der "permanenten republikanischen Mehrheit"

Bushs Chefstrategie Karl Rove träumte noch 2004 von ihr: einer "permanenten republikanischen Mehrheit". Nach den vernichtenden Niederlagen 2006 und 2008 müssen die Republikaner sich überall mit der Oppositionsrolle abfinden. Im Senat verloren sie nach sechs Sitzen 2006 noch einmal acht 2008, und kommen noch auf 41 der 100 Sitze – gerade genug, um über eine Sperrminorität („Filibuster“) Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nehmen zu können. Aber

unter den 36 Senatssitzen, die 2010 neu gewählt werden, sind mindestens eine weitere Handvoll, die den Republikanern verloren zu gehen drohen (19 jener 36 Sitze werden heute von Republikanern, 17 von Demokraten gehalten). Im Repräsentantenhaus verlor die GOP nach 30 Sitzen 2006 noch einmal 21 Sitze, hier beträgt das Mehrheitsverhältnis heute 257 Demokraten zu 178 Republikaner. Im scharf polarisierten und in Geschäftsordnungsfragen vollständig von "Speaker" Nancy Pelosi dominierten Repräsentantenhaus geht der republikanische Einfluss damit gegen Null. In beiden Häusern ist die GOP-Fraktion zudem weiter nach Rechts gerückt. Verloren haben vor allem die moderaten Republikaner – im Haus gibt es sie kaum noch, im Senat gibt es noch eine knappe Handvoll.

Aber nicht allein das Schrumpfen der Kongressfraktionen gibt den Republikanern zu denken. Die Analyse der Präsidentschaftswahl lässt bei vielen Parteistrategen die Alarmglocken schrillen:

- war der geringe Anteil von 4% unter farbigen Wählern kaum verwunderlich, ist das schlechte Abschneiden unter den am schnellsten wachsenden Gruppen der Hispanics mit 33% (67% für Obama) und der asiatischstämmigen Amerikaner (38%) eine schwere Hypothek für künftige Wahlkämpfe;
- bei den unter 30-jährigen kam McCain nur auf 32%;
- die GOP verlor auch bei der Einkommensgruppe über USD 200.000 und bei den überdurchschnittlich Gebildeten gegen die Demokraten.

Die Folgen: Die Republikaner drohen auf Bundesebene immer mehr zu einer "Regionalpartei" des tiefen Südens ("Deep South", v. a. die ehemaligen Sklavenstaaten Alabama, Georgia, Mississippi, South Carolina) und der weniger gebildeten Weißen zu werden. Die in den städtischen Zentren errungenen Siege Obamas in Virginia, North Carolina und Florida zeigen

dabei, dass die Ränder des Südens als GOP-Bastion bröckeln. Im Mittleren Westen, im Norden sowie in Neu-England gibt es kaum noch GOP-Kongressabgeordnete.

Konservative Diadochenkämpfe

Mit dem Abgang von George W. Bush sind die Kämpfe um die Führungsrolle der Konservativen voll ausgebrochen. John McCain, von weiten Teilen seiner Partei und vor allem der konservativen (evangelikal) Bewegung immer schon misstrauisch beäugt, spielt dabei keine Rolle mehr. Trotz zweier Wahlniederlagen in Folge konnten die Fraktionschefs im Repräsentantenhaus und im Senat, John Boehner (Ohio) und Mitch McConnell (Kentucky), ihre Rollen als "minority leader" behaupten. Beide sind allerdings deutlich geschwächt und müssen sich gegen Konkurrenz vom konservativeren Flügel wehren. Im Repräsentantenhaus steht der neue Parlamentarische Geschäftsführer ("minority whip"), der 45 Jahre alte Eric Cantor (Virginia), neben Boehner immer mehr im Rampenlicht. Cantor war es auch, der maßgeblich dafür sorgte, dass die republikanischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses geschlossen gegen das Konjunkturpaket von Präsident Obama stimmten. Im Senat ist Jon Kyl aus Arizona der Vertreter des streng konservativen Flügels hinter McConnell.

Daneben stellen die Republikaner immerhin 21 der 50 Gouverneure der Bundesstaaten. Aus diesem Kreis von Republikanern mit Regierungserfahrung wird sich wohl die Mehrzahl der Kandidaten für die nächste Präsidentschaftsnominierung rekrutieren. Die Positionierungen dafür haben bereits begonnen. Mark Sanford, Gouverneur von South Carolina und Vorsitzender der *Republican Governors Association*, wird dazugezählt, außerdem der junge, indischstämmige Gouverneur von Louisiana, Bobby Jindal, Tim Pawlenty aus Minnesota, Haley Barbour aus Mississippi und natürlich Sarah Palin aus Alaska. Außerdem bleibt der ehemalige

Gouverneur von Massachusetts, Mitt Romney, sehr präsent, ebenso wie Mike Huckabee, ex-Gouverneur von Arkansas und inzwischen Talk Show-Moderator bei Fox TV.

In die traditionell in den USA weniger prominente, aber für die landesweite Organisation und Mobilisierung durchaus relevante Position des Parteivorsitzenden (*Chairman of the Republican National Committee*) wurde Ende Januar 2009 mit dem früheren stv. Gouverneur von Maryland, Michael Steele, erstmals in der Parteigeschichte ein Afroamerikaner gewählt – die GOP stellte in den letzten sechs Jahren nicht einen schwarzen Gouverneur oder Kongressabgeordneten. Steeles Wahl wird von manchen als Signal gewertet, dass sich die GOP für Minderheitenwähler öffnen will. Seine streng konservativen Positionen und einige unglückliche Medienauftritte machen ihn aber zu einer durchaus umstrittenen Figur. Ob er Führungsstärke und Integrationswirkung entfalten kann, ist heute zumindest zweifelhaft. So sah sich Steele gezwungen, seine Kritik ("hässlich" und "aufrührerisch") an den Äußerungen des konservativen Radiomoderators Rush Limbaugh öffentlich zu widerrufen. Limbaugh, eine Ikone der (männlichen) Evangelikal-Konservativen, hatte auf der jährlichen "Conservative Political Action Conference" Ende Februar seine Hoffnung geäußert, dass Präsident Obama werde mit seinem Programm zur Wiederbelebung der US-Wirtschaft scheitern. Nur so könne "Amerika gerettet werden". Das Phänomen Limbaugh hat dabei viele Gesichter: "Talk Radio" ist heute in den USA populärer als Countrymusik, über 2.000 Radiostationen im Land nutzen das Format – überwiegend mit konservativem Einschlag. Erzkonservative Radiomoderatoren gehören zum stärksten Mobilisierungsfaktor der republikanischen Basis. Limbaughs wöchentliche Radio-show erreicht mindestens 13,5 Millionen Amerikaner. Weniger bekannte Namen kommen immer noch auf ein Millionenpublikum –

weit mehr als die eigene Parteiführung oder Fraktionsführung erreichen kann. Konservative Parteistrategen sehen das mit wachsender Sorge: Bushs Ex-Redenschreiber David Frum merkte bitter an: *"If you're a talk radio host and you have five million who listen and there are 50 million who hate you, you make a nice living. If you're a Republican party, you're marginalized."*

"Freiheit oder Sozialismus" – Suche nach einem neuen Kurs

Das schon in den Jahren der Bush-Präsidentschaft wachsende Unbehagen der Konservativen an innen- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen äußert sich in einer fast durchgängigen Distanzierung von Bush und seinem politischen Vermächtnis. Die Wahlniederlagen – so der aus dieser Perspektive logische Schluss – gehen auf das Konto "verratener konservativer Prinzipien": statt weniger Staat und Fiskalkonservatismus habe sich die Bush-Administration der Aufblähung des Staatsapparates und der Anhäufung neuer Schulden schuldig gemacht. Die Konservativen haben folglich verloren, weil sie nicht konservativ genug waren. Aber – so die Logik seit dem 20. Januar – die Obama-Administration mache alles noch viel schlimmer, indem sie mit zusätzlicher Staatsverschuldung, neuen Ausgabenprogrammen, und dem Eingriff in ganze Branchen (Banken, Autoindustrie) die Fehler der Bush-Jahre jetzt zum Regierungsprogramm erhebe. Entsprechend fundamental fällt die Opposition aus: im Repräsentantenhaus stimmten alle 178 Republikaner gegen das Konjunkturpaket des Präsidenten, im Senat gelang es Obama nur mit erheblichem Aufwand, die notwendigen drei Republikaner auf seine Seite zu ziehen.

In diesen Monaten ist zu beobachten, wie eine neue Begrifflichkeit den zwei Jahrzehnte lang gängigen (und wirkungsvollen) Vorwurf ablöst, die Demokraten seien *"liberals"*. Heute bezichtigt der konservative Flügel der Republikaner den Präsidenten offen, "Wegbereiter des Sozialis-

mus" zu sein (so Senator Jim DeMint aus South Carolina). *"Lenin and Stalin would love this"*, so Mike Huckabee. Rush Limbaugh bringt es in perfektem Schwarz-Weiß auf den Punkt: *"Here we have two systems: We have socialism, collectivism, Stalin, whatever you want to call it, versus capitalism"*. Dagegen müssten die Republikaner sich des Sehnsens der Amerikaner nach Freiheit annehmen und ihre Rückeroberung zum Programm machen (Rick Perry, Gouverneur von Texas, deutete gar an, der „Lone Star State“ könnten die Sezession erwägen, um sich von Obamas Politik zu befreien...). Historischer Bezugspunkt fast aller Konservativer ist das vermeintlich "goldene Zeitalter" der Reagan-Jahre.

Mit dieser Strategie, die letztlich auf ein Scheitern des Präsidenten setzt, schüren die republikanischen Kongressfraktionen aber einen Konflikt mit ihren eigenen Gouverneuren (z. B. Kaliforniens Arnold Schwarzenegger, Floridas Charlie Crist, Vermonts Douglas). Diese sind angesichts der Wirtschafts- und daraus resultierenden Haushaltskrise auf massive Bundesmittel angewiesen und scheren aus dem Frontaloppositionskurs aus. Diejenigen unter ihnen, die eigene Ambitionen für 2012 hegen – Sanford, Jindal, Barbour, Palin – stimmen hingegen in die Kritik der "Traditionalisten" ein, da dieser Flügel in den Vorwahlen 2012 die entscheidende Rolle spielen wird. Diese Konfliktlinien werden sich auch bei den jetzt anstehenden ambitionierten Reformvorhaben des Präsidenten wiederholen, v.a. bei Gesundheitsreform und Energiewende: die Kongressfraktionen und die konservative Basis sehen in beiden Projekten nichts anderes als versteckte Steuererhöhungen und Einschnitte in die Freiheit der Amerikaner (Boehner: "Cap-and-trade ist nichts als ein Codewort für Steuererhöhungen und die Vernichtung amerikanischer Arbeitsplätze"). Zahlreiche Gouverneure hingegen sehen durchaus die Chancen der Kostenreduzierung, Haushalts-

entlastung und Wirtschaftsbelebung.

Außenpolitik: Zwei Welten

In der Außenpolitik scheuen sich die Republikaner nicht, sich auf das Erbe Bushs zu berufen ("he kept America safe"). Im Gegenteil: das manichäische Weltbild der frühen Bush-Jahre wird feiert fröhliche Urständ. Für amerikanische Verhältnisse ungewöhnlich prononciert attackiert seit Wochen ex-Vizepräsident Cheney den Präsidenten und seine Außen- und Sicherheitspolitik. Während ex-Präsident Bush sich weiter an die Gepflogenheit hält, die Arbeit seines Nachfolgers nicht zu kommentieren, verteidigt Cheney mit Verve und unter dem Beifall vieler Konservativer insbesondere die „verschärften Verhörpraktiken“, mit denen die USA nach dem 11. September 2001 versuchten, ihre Sicherheit buchstäblich um jeden Preis zu schützen. Senatsfraktionschef McConnell kritisierte die Ankündigung Obamas, Guantanamo zu schließen, als "symbolisch". Wohin in Amerika wolle er die Terroristen schicken? Sie gehörten dorthin, wo sie jetzt seien, nach Guantanamo. In dieser Haltung sehen sie die Republikaner durch Meinungsumfragen bestärkt, wonach eine Mehrheit der Amerikaner keine Guantanamo-Insassen auf dem amerikanischen Festland sehen will, und auch keinen Wert legt auf eine gründliche Aufarbeitung des Umgangs mit Gefangenen in den ersten Jahren nach 9/11.

Durchaus konsequent wird denn auch Obamas Kairoer Rede an die islamische Welt überwiegend als „Zeichen der Schwäche“, als „Kapitulation von Kairo“ (Danielle Pletka, American Enterprise Institute), ja sogar als „un-amerikanisch“ (Senator Inhofe, Oklahoma) gescholten (*"I just don't know which side he's on"...*). Mitt Romney, aussichtsreicher Kandidat für die 2012-Präsidentschaftsnominierung, sprach von einer „Entschuldigungstour“, wo stattdessen amerikanische „Stärke und Selbstvertrauen“ angezeigt gewesen seien.

Europa kommt in diesem sich verfestigenden konservativen Diskurs nicht ungeschoren davon: die Obama-Administration schiele auf den „einfachen Beifall aus Europa“, der aber nicht mit Entgegenkommen in der Substanz verbunden sei („Was hat der Präsident vom NATO-Gipfel mitgebracht?“), in der Wirtschaftspolitik steuere er Amerika sogar „in Richtung eines Sozialismus europäischer Prägung“ (an dieser abschätzigen Wertung dürfte auch der Erfolg der europäischen Konservativen bei der Europawahl nicht viel ändern – die EU als solche wird gern als sozialistisches, weil bürokratisches Projekt verunglimpft). Die Ablehnung der Vereinten Nationen und jeder Form von Multilateralismus hat inzwischen fast den Rang eines Glaubenssatzes in der Republikanischen Partei. Von der viel gerühmten „bipartisanship“ in der Außenpolitik zu Zeiten des Kalten Krieges ist praktisch nichts mehr übrig.

Quo vadis, Grand Old Party?

Die amerikanischen Konservativen stehen vor einem echten Dilemma: 43% der GOP-Wähler meinen, ihre Partei sei zu moderat geworden, nur 17% war sie zu konservativ. In der Gesamtbevölkerung hingegen ist das Bild genau umgekehrt: 29% ist die GOP zu moderat, 42% hingegen zu konservativ. So sieht es auch die entscheidende Gruppe der ungebundenen Wähler (34%: "zu moderat", 39% "zu konservativ").

Die Gruppe der "Moderaten" und "Reformer" in der Republikanischen Partei (z. B. der Gouverneur von Minnesota, Tim Pawlenty, der auch 2008 und 2009 an der Münchner Sicherheitskonferenz teilnahm) wirbt für eine Öffnung. Die GOP dürfe nicht länger die Partei der "angry white men" sein. Wolle man wieder landesweite Mehrheiten organisieren, dann gehöre dazu, Themen wie gesellschaftliche Ungleichheit, die wirtschaftlichen Sorgen der Mittelklasse und den Klimawandel ernster zu nehmen als bisher. Gesellschaftspolitisch sei eine Öffnung hin zu ver-

nachlässigten Wählerschichten (Hispanics, Jungwähler etc.) unabdingbar. Auch der rhetorische "Klassenkampf" gegen die besser Ausgebildeten an Ost- und Westküste müsse ein Ende haben. Diese Verengung und der damit einhergehende Anti-Intellektualismus widerspreche der eigentlichen Tradition der konservativen Bewegung, so etwa der konservative New York Times-Kolumnist David Brooks.

Die Mehrheit der eigenen Anhänger, 55% der GOP-Wähler, sprechen sich hingegen dafür aus, die Partei solle sich in Richtung von Sarah Palin bewegen. Sie steht als Symbol für die Konzentration auf traditionelle republikanische Wähler – ältere, weiße, kulturkonservative Amerikaner aus kleinstädtischen bzw. ländlichen Gebieten und ohne akademische Ausbildung. Dieses Lager hat innerhalb der Partei gegenwärtig klar die Oberhand und die "lauteren Megafone", die ihm die Radioshows bereitstellen. Auch verfügen die moderaten Kräfte über kein ähnlich starkes Netzwerk, wie es die neokonservativen Think Tanks (AEI, Heritage etc.) und Geldgeber bieten. Andererseits ist nüchtern zu konstatieren, dass der Anteil jener traditionellen Wählerschichten am Wahlvolk in Zukunft weiter abnehmen wird.

Die Entwicklung für die nächsten Jahre scheint vorgezeichnet: die Republikanische Partei hat eine lange "Durchquerung der Wüste" vor sich, eine Phase regionaler und ideologischer Marginalisierung, bevor sie sich auf das Ziel der Machtübernahme in Washington rück besinnt und sich programmatisch öffnet. Kurzfristig, d. h. mit Blick auf 2012, hat sie nur eine einzige Chance: die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, das kurze Gedächtnis der amerikanischen Wähler und das Scheitern des demokratischen Präsidenten. Einen mehrheitsfähigen eigenen Entwurf wird sie sobald nicht zustande bringen. Der positiven Vision Obamas hat sie – mit wenigen Ausnahmen – gegenwärtig jedenfalls nicht viel mehr

als schrille Rhetorik entgegenzusetzen.

Dem Weißen Haus ist das nur recht. Es würde zu gern die gesamte GOP in den Augen der Wähler mit den Traditionalisten gleichsetzen. Vor diesem Hintergrund ist auch das "vergiftete Lob" des Stabschefs von Obama, Rahm Emanuel, zu sehen, der Rush Limbaugh kürzlich "die Stimme und die intellektuelle Kraft und Energiequelle hinter der Republikanischen Partei" nannte. Auftritte wie jener von ex-Vizepräsident Cheney im American Enterprise Institute unmittelbar nach der Rede von Präsident Obama zu Fragen der nationalen Sicherheit am 21. Mai sind ein Geschenk für die innenpolitischen Strategen um Obama: der Cheney-Kern der Republikanischen Partei ist unbeirrt, lautstark – und landesweit im 30-Prozent-Keller der Wählerzustimmung. So erfreut sich Präsident Obama denn auch bisher stabil bei 60% liegender Zustimmungswerte.

Uns in Europa muss an der konservativen Debatte dennoch zweierlei beunruhigen: zum einen, dass die Mehrheit der amerikanischen Konservativen sich in ihrer Suche nach Orientierung gegenwärtig in praktisch allen Politikfeldern immer weiter von Europa entfernt (was das transatlantische Verhältnis mittelfristig schwächen dürfte); zum anderen, dass im außenpolitischen Diskurs John McCain und Richard Lugar recht einsam den moderaten Flügel repräsentieren, sich die Mehrheit der jüngeren Republikaner hingegen in der mythologischen Ecke des "belagerten Amerika" einrichtet und sich in der Verteidigung Guantamos, des Irakkriegs und einer "with us or against us"-Philosophie heute ideologischer gebärdet als Präsident Bush zum Ende seiner Amtszeit. Das hat nicht erst beim nächsten Washingtoner Machtwechsel Folgen, sondern schon heute. Die Ratifizierung internationaler Verträge bedarf einer Zweidrittelmehrheit im US-Senat. Ohne nennenswerte republikanische Unterstützung wird das

nicht gehen – weder beim Teststoppvertrag CTBT noch bei einem START-Nachfolgeabkommen oder gar einem Kyoto-Folgevertrag.

Fazit: Amerika ist ein Land im Aufbruch, aber es ist immer noch gespalten. Zwei Drittel der Bevölkerung wirken wie von einem Albtraum befreit, ein Drittel aber fürchtet eine Wende zum "Sozialismus" – von konservativen Republikanern gern auch als Schreckgespenst einer "Europäisierung Amerikas" beschrieben.

Dr. Thomas Bagger,
Washington DC

Dr. Thomas Bagger ist stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft in Washington D.C.
Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Medwedews erstes Amtsjahr – Eine innenpolitische Bilanz

In Moskau gehen die Einschätzungen der innenpolitischen Bilanz von Präsident Dmitrij Medwedews erstem Amtsjahr auseinander. Drei Meinungen lassen sich laut dem „Zentrum für die politische Konjunktur Russlands“ feststellen:

- Die Vertreter der *ersten Gruppe*, die aus den unteren Chargen der Liberalen besteht, sind der Auffassung, dass Medwedew eine Marionette Putins ist. Medwedew hat den „point of no return“ überschritten und wird vom anderen Tandem-Mitglied Putin geführt. Diese Gruppe ist zahlenmäßig nicht groß, aber deren Meinung wird oft in den anonymen Internetforen (Blogs usw.) vertreten und ist dort sehr populär.
- Die *zweite Gruppe* bilden die moderat liberalen „Evolutionäre“. Vor einem Jahr hatten sie auf Medwedew große Hoffnungen gesetzt. Sie erwarteten einen radikalen liberalen Wandel.

Inzwischen erkannten sie, dass diese Erwartungen unrealistisch waren. Sie setzen jetzt auf eine Langzeitstrategie mit gradueller Liberalisierung und beurteilen die demokratischen Signale, die Medwedew in seinem ersten Amtsjahr gab, positiv. Dieser zweiten Gruppe sind praktisch alle prominenten und bekannten Liberalen zuzurechnen.

- Die *dritte Gruppe* bilden die „Loyalisten“, die mit dem ersten Amtsjahr Medwedews zufrieden sind. Sie sind der Meinung, dass Medwedew als Präsident den Kurs seines Amtsvorgängers in einer etwas anderen Stilistik fortsetzen muss.

Die erste Gruppe unterscheidet sich von den anderen beiden Gruppen, die inhaltlich verwandt sind. Zwischen der zweiten und der dritten Gruppe gibt es eigentlich nur einen graduellen Unterschied, der in der Bewertung der sich von Putin unterscheidenden Stilistik Medwedews besteht. Die Frage ist nur: Ab wann schlägt die Quantität der stilistischen Unterschiede in die neue Qualität einer evolutionären Entwicklung um?

Wenn die drei Analyseantworten auf das erste Amtsjahr Medwedews in die Zukunft gewendet werden, fällt die Antwort schwer. Die Prognose hängt von der Dauer und der Tiefe der Finanz- und Wirtschaftskrise Russlands ab. Wenn sie lange dauert und intensiv ausfällt, wird es zu vielen und scharfen Protesten der Bevölkerung kommen. Die Reaktion des Staates auf diese Proteste wird dann die Silowiki stärken. Das dürfte dazu führen, dass für die nähere Zukunft wie auch immer geartete evolutionäre Entwicklungen in Russland auszuschließen sind.

In diesem Zusammenhang ist das Interview zu nennen, das Premier Wladimir Putin vor seiner Japan-Reise am 10. Mai japanischen Massenmedien gab. Putin betonte auf entsprechende Fragen sein „sehr gutes Verhältnis zum Präsidenten D.A. Medwedew“. *„Jeder von uns macht seine Arbeit. Jeder hat seine Nische. Begreiflicherweise entstehen auf*

dieser Ebene oft viele Fragen, die sich überschneiden.“ Die Kritik von Handlungen der Regierung durch Medwedew hielt Putin für eine „*absolut normale Sache*“. *Er sei selbst auch nicht immer zufrieden mit dem was einzelne Ministerien und Behörden machen.“*

Gefragt nach seiner Perspektive für die nächste Präsidentenwahl im Jahr 2012, antwortete Putin, dass Medwedew ein ordentlicher Mensch sei und dass dieser bei der Beurteilung seiner politischen Zukunft von den Interessen des Landes ausgehe und von den Ergebnissen „*unserer gemeinsamen Arbeit*“. *„Abhängig von der Effektivität unserer Arbeit werden ich und Präsident D.A. Medwedew eine Entscheidung darüber treffen, was wir in Zukunft machen werden, in seiner und meiner.“*

Putin betonte seine große Achtung vor der Verfassung. *„Wir müssen eine Tradition der verfassungsmäßigen Machtübergabe begründen und dem ganzen Land und der ganzen Welt zeigen, dass in Russland daraus keine Katastrophe entsteht, sondern im Gegenteil, eine Stärkung unserer Staatlichkeit.“*

Den Interviewäußerungen Putins kann zweierlei entnommen werden:

- Putin hält die Frage der Kandidatur für das Präsidentenamt 2012 offen. Er meldet indirekt sein Interesse an. Mehr kann er dazu eigentlich seriöserweise nicht sagen.
- Putin macht die Kandidatenaufstellung von der Effektivität der Arbeit des Tandems abhängig. Das bedeutet, dass er nicht allein dafür verantwortlich gemacht werden will, wenn es nicht gelingt, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Grenzen zu halten. In wichtigen politiknahen wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen Moskaus ist die Meinung zu hören, dass es nicht auszuschließen sei, dass noch vor 2012 Medwedew Putin als Regierungschef entlässt.

Prognose: *Vorerst ist von einer Stabilität des Tandems auszugehen. Es gibt aber politische Kräfte, die eine graduelle Entputinisierung des russischen politischen Systems wollen. Diese Kräfte stoßen nicht auf den Widerstand der Präsidentialadministration.*

Neue Sicherheitsstrategie

Am 12. Mai 2009 bestätigte Präsident Dmitrij Medwedew in einem Dekret die neue „Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020“. Die letzte derartige Strategie stammte von 1997 und war noch vom damaligen Präsidenten Boris Jelzin in Auftrag gegeben worden, aber erst kurz nach dessen Rücktritt vom amtierenden Präsidenten Wladimir Putin im Januar 2000 unterschrieben worden. Putin gab die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitsstrategie in Auftrag, mit der im Jahr 2004 begonnen, die aber nicht fertig gestellt wurde. Im Juni 2008 ordnete Medwedew an, die Ausarbeitung zu beenden.

Am 24. März sollte der Sicherheitsrat, dessen Vorsitzender Medwedew ist, die neue Strategie verabschieden, was er aber nicht tat. Sicherheitsratssekretär Nikolaj Patruschew teilte nach der Sicherheitsratssitzung hinter verschlossenen Türen verlegen mit, dass die Verabschiedung der Strategie verschoben worden sei. Sicherheitsratsmitglieder hätten verschiedene Vorschläge gemacht, die teilweise völlig gegensätzlich seien und die erst bedacht werden müssten.

Die 7.302 Wörter umfassende Sicherheitsstrategie besteht aus folgenden sechs Kapiteln:

- I. „Allgemeine Lage“
- II. „Die moderne Welt und Russland: Zustand und Entwicklungstendenzen“
- III. „Die nationalen Interessen der Russischen Föderation und die strategischen nationalen Prioritäten“
- IV. „Gewährleistung der nationalen Sicherheit“
- V. „Organisatorische, normativ-rechtliche und Informations-

grundlagen zur Realisierung der bestehenden Strategie“

- VI. Grundlegende Charakteristika des Zustandes der nationalen Sicherheit“.

Das vierte Kapitel ist das längste Kapitel und wird in neun große Abschnitte unterteilt: „1. Nationale Verteidigung“, „2. Staat und gesellschaftliche Sicherheit“, „3. Anhebung der Lebensqualität der russischen Bürger“, „4. Wirtschaftswachstum“, „5. Wissenschaft, Technologie und Bildung“, „6. Gesundheitswesen“, „7. Kultur“, „8. Ökologie der Lebenssysteme und rationelle Nutzung der Natur“, „9. Strategische Stabilität und gleichberechtigte strategische Partnerschaft“.

Die Sicherheitsstrategie geht von einem weit gefassten Sicherheitsbegriff aus. „Nationale Sicherheit“ ist ein „Zustand des Geschütztseins der Person, der Gesellschaft und des Staates vor inneren und äußeren Bedrohungen, der es erlaubt, die verfassungsmäßigen Rechte, Freiheiten, würdige Qualität und Niveau des Lebens der Bürger zu sichern, die Souveränität, die territoriale Integrität und die stabile Entwicklung der Russischen Föderation, die Verteidigung und Sicherheit des Staates zu gewährleisten“. Die innenpolitischen Themen machen den größten Teil der Sicherheitsstrategie aus.

Die Sicherheitsstrategie, die Medwedew zu seinem ersten Amtsjubiläum unterschrieb, lehnt sich bei der Behandlung der innenpolitischen Themen stark an die „Strategie 2020“ an, die das wichtigste Projekt während Putins zweiter Amtszeit war. Die Sicherheitsstrategie definiert folgende langfristige nationale Interessen, die zugleich die obersten Werte darstellen:

- Entwicklung der Demokratie und der Zivilgesellschaft, die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der nationalen Wirtschaft,
- Bewahrung der Stabilität des verfassungsmäßigen Aufbaus des Staates, der territorialen Integrität und der Souveränität der Russischen Föderation,

- die Umwandlung Russlands in eine Weltmacht, deren Tätigkeit auf die Aufrechterhaltung der strategischen Stabilität und auf gegenseitig vorteilhafte partnerschaftliche Beziehungen unter den Bedingungen einer multipolaren Welt gerichtet ist.

Bei der Behandlung der „Hauptquellen der Bedrohung der nationalen Sicherheit im Bereich der staatlichen und gesellschaftlichen Sicherheit“ wird an erster Stelle die „Aufklärungs- und sonstigen Tätigkeiten spezieller Diensten und Organisationen ausländischer Staaten, aber auch einzelner Personen genannt, die darauf gerichtet sind, der Sicherheit Russlands Schaden zuzufügen“. Dann folgen die Aktivitäten terroristischer Organisationen, Gruppen und Personen, extremistische Tätigkeiten nationaler, religiöser, ethnischer und sonstiger Organisationen und Strukturen, die transnational organisierten Verbrecherorganisationen und das zunehmende Verbrechen.

Zur langfristigen Gewährleistung der staatlichen und gesellschaftlichen Sicherheit soll die Effektivität der Rechtsschutzorgane und der Spezialdienste erhöht werden, ein einheitliches staatliches System zur Vorbeugung von Verbrechen geschaffen und der Nationale Antikorruptionsplan umgesetzt werden.

Im sozialen Bereich soll die soziale und Eigentumsungleichheit verringert und die Bevölkerungszahl mittelfristig stabilisiert sowie langfristig erhöht werden. Die Bevölkerung soll komfortable Wohnungen, qualitativ hochwertige Waren und Dienstleistungen erhalten sowie eine würdige Bezahlung ihrer Arbeit.

Innenpolitisch systemrelevant sind folgende Zielvorgaben:

- Entwicklung des Rechtssystems und der Gesetzgebung zum Schutz der Menschenrechte,
- Verbesserung des Systems für den Schutz vor Arbeitslosigkeit,
- Durchführung einer rationalen regionalen Migrationspolitik.

- Entwicklung eines nationalen Innovationssystems.

Prognose: *Die Debatte um die nationale Sicherheitsstrategie wird demnächst verstummen. Die einzelnen Gruppen werden ihre Diskussion im Zusammenhang mit der Ausarbeitung weiterer Dokumente fortsetzen, z. B. der Verteidigungsdoktrin.*

*Prof. Dr. Eberhard Schneider,
Berlin*

Prof. Dr. Eberhard Schneider (Universität Siegen) ist Chefredakteur von „Russland intern aktuell“ und Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

FEEDBACK zu...

For Such a Time as This
von Dr. Christina Lin
Ausgabe Nr. 55/2009

"Speaking out" ist wichtig. Und sicher wird im Umgang der Staaten miteinander gelegentlich allzu höflich formuliert. Andererseits sollte stimmen, was deutlich ausgesprochen wird. Die SCO ist eine lose Verbindung von mehr oder weniger autoritär geführten Staaten mit eher bemühter als gegebener Interessenkongruenz und bisher zu Recht weitgehend erfolglosem Ringen um ein wenig internationale Reputation.

Bei Dr. Lin wird daraus die Keimzelle einer Weltverschwörung, ja eines Kampfes zwischen Gut und Böse, wie das Bemühen von Tolkien-Zitaten vermuten lässt. Und dann diese völlig schiefen Vergleiche: die SCO als "neuer Warschauer Pakt" und "NATO des Ostens" – eine Formulierung übrigens, die eine bezeichnende Unkenntnis des Washingtoner Vertrages und der grundlegenden Unterschiede zum Warschauer Pakt verrät.

Entsprechend klar ist die Botschaft: Gefolgschaft gegen die "overwhelming forces testing the transatlantic alliance". Wobei Gefahr auch von "innen" droht, näm-

lich von Frankreich und Deutschland, die, *horribile dictu*, "NATO assets" (!) an die ESVP "abzweigen". Was erlauben, Strunz???

Bernd Schulte Berge, Brüssel

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der pmg

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.

